



Bürgerrechtlich geprüft

Die Wahlprüfsteine der Humanistischen Union
zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Inhalt

3	Vorwort
4	Rückblick: R2G – Haben die Bürgerrechte profitiert?
	Unsere Fragen und die Antworten der Parteien zu
6	Coronavirus-Pandemie: Bürgerrechte, Prävention und Viren
9	Berlin, die sichere und lebenswerte Stadt
12	NSU, Reichsbürger und der Terroranschlag am Breitscheidplatz: Was tun gegen extremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen?
16	Verfassungsschutz
19	Videoüberwachung und Gesichtserkennung
22	Strafvollzug
25	Obdachlosigkeit
27	Freiwilliges Engagement
30	Demokratie und demokratische Verfahren
33	Über die befragten Parteien
35	Über die Humanistische Union
36	Impressum



Vorwort

Wie kann Berlin sicherer werden? Soll es mehr Videoüberwachung geben? Soll der Verfassungsschutz abgeschafft werden? Was kann gegen terroristische Anschläge getan werden? Das sind einige der Fragen, die wir Parteien, die sich am 26. September 2021 um einen Sitz im Abgeordnetenhaus bewerben, gestellt haben.

In dieser Broschüre sind die Antworten der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien (SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und FDP) auf unsere Fragen enthalten. Zu jeder Frage gibt es außerdem eine Stellungnahme der Humanistischen Union.

Neben der Broschüre können Sie sich Gespräche mit den innenpolitischen Sprechern der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und eine Podiumsdiskussion mit den innenpolitischen Experten der Parteien ansehen.

In den Kurz-Interviews fragen wir Burkard Dregger (CDU), Paul Fresdorf (FDP), Benedikt Lux (Bündnis 90/Die Grünen), Niklas Schrader (Die Linke), Karsten Woldeit (AfD) und Frank Zimmermann (SPD) nach den wichtigsten innen- und justizpolitischen Vorhaben der nächsten Legislaturperiode, auf welches Gesetz der aktuellen Legislaturperiode sie besonders stolz sind bzw. welches Gesetz sie sofort wieder abschaffen würden.

In der Podiumsdiskussion mit Florian Dörstelmann (SPD), Burkard Dregger (CDU), Paul Fresdorf (FDP), Benedikt Lux (Bündnis 90/Die Grünen) und Niklas Schrader (Die Linke), die am 10. August 2021 im Haus der Demokratie und Menschenrechte als Hybrid-Veranstaltung stattfand, konzentrierten wir uns auf die Zukunft.

Bei den Wahlprüfsteinen, den Interviews und der Podiumsdiskussion werden die Unterschiede zwischen den Parteien deutlich. Damit sind sie eine ausgezeichnete Entscheidungshilfe.

Die Videos können Sie auf unserem YouTube- und Vimeo-Kanal sehen:

https://www.youtube.com/channel/UCrTlZZ9cw06lPcdZGq_9Hgw

<https://vimeo.com/user117048767>

Auf unserer Homepage <http://berlin.humanistische-union.de/> finden Sie neben der Broschüre auch die Antworten der Parteien.

Wir bedanken uns bei der Landeszentrale für politische Bildung, durch deren Förderung die Wahlprüfsteine in dieser Form erscheinen konnten.

Eine inspirierende Lektüre wünscht

der Landesvorstand der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg



R2G – Haben die Bürgerrechte profitiert?

Mit einem bürgerrechtlich ambitioniertem Koalitionsvertrag begann vor fünf Jahren die Arbeit der Koalition aus SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Damals schrieben wir, der Vertrag enthalte viele gute Ansätze und eine eindeutige Politikwende. Einschränkungen und nur symbolpolitische Maßnahmen würden zurückgenommen. Teilweise seit Jahren erhobene bürgerrechtliche Forderungen würden erfüllt.

Wenige Tage später, am 19. Dezember 2016, geschah der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz. Dieser bislang einzige islamistische Anschlag in Deutschland hätte zu einer Wende in der Innen- und Justizpolitik führen können. Stattdessen führte er vor allem zu einem Stillstand, der in der Innenpolitik erst letztes Jahr mit drei großen Gesetzen, der Reform des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG), dem Gesetz für den unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten und dem Versammlungsfreiheitsgesetz zu Ende ging.

In ihnen wurden viele bürgerrechtliche Forderungen umgesetzt. Sie sind damit unbestritten liberale Gegenentwürfe zu den Polizei- und Versammlungsgesetzen im Bund und in anderen Bundesländern.

Trotzdem gibt es Kritik an einigen Regeln. So wurde das Vermummungsverbot nicht, wie von Bürgerrechtlern seit Jahrzehnten gefordert, gestrichen, sondern nur etwas gelockert. Dabei zeigt das aktuell wegen der Coronavirus-Pandemie bei Versammlungen vorhandene Vermummungsgebot, dass Demonstrationen von Vermummten nicht unfriedlicher verlaufen als Versammlungen von nicht Vermummten. Die im Gesetz festgeschriebene Möglichkeit, Versammlungen zu verbieten, sehen wir ebenfalls kritisch.

Aus bürgerrechtlicher Sicht begrüßenswert ist, dass im neu formulierten ASOG der Einsatz von V-Personen strenger geregelt wird. Jetzt muss, wie bei verdeckten Ermittlern, die Polizeipräsidentin oder ein Richter dem Einsatz zustimmen. Zum finalen Rettungsschuss und zur Videoüberwachung gibt es keine Regeln. Allerdings hat die Videoüberwachung, vor allem in der BVG, fast unbemerkt zugenommen. Dort stieg die Zahl der Kameras von 14.428 Kameras 2016 auf 21.164 Kameras 2020. Kameras. Weil die BVG als Verkehrsbetrieb ganz Berlin abdeckt, sind hier Bewegungsprofile möglich.

Die im ASOG festgeschriebene Nutzung von Bodycams bei Polizei und Feuerwehr, die nach zwei Jahren evaluiert wird, lehnen wir in dieser Form ab. Aktuell dient sie nur der Eigensicherung der Beamten. Eine Überprüfung ihres Verhaltens im normalen Dienst und eine Ahndung polizeilichen Fehlverhaltens ist so nicht möglich. Bei Konflikten steht immer noch Aussage gegen Aussage.

Mit dem Gesetz zur Einführung des Polizeibeauftragten wurde eine seit Jahrzehnten gestellte Forderung der HU erfüllt. Die Stelle wird allerdings erst in der nächsten Legislaturperiode ausgeschrieben und besetzt. Diesen Prozess und seine Arbeit werden wir kritisch begleiten.

Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ermöglicht es Betroffenen und Verbänden, leichter gegen Diskriminierungen durch staatliche Stellen vorzugehen. Nach etwas über einem Jahr fällt die Bilanz positiv aus. Die mit dem Gesetz geschaffene Ombudsstelle berät und ermöglicht einen konstruktiven Dialog.

Das Mitte Juni 2021 verabschiedete, öffentlich zugängliche Lobbyregister ist aus Sicht der Regierung das „bundesweit weitreichendste Lobbyregister“. In ihm soll stehen, wer wie bei der Erarbeitung von Gesetzen beteiligt war. Inwiefern es sich bewährt, werden wir in der nächsten Legislaturperiode sehen.

Der im März 2021 vorgelegte Vorschlag des Senats für ein modernes Transparenzgesetz bleibt hinter unseren Erwartung und dem von uns unterstützten Volksbegehren für ein Transparenzgesetz zurück.

Wir begrüßen den gesetzlich vorgeschriebenen offenen Vollzug für Sicherungsverwahrte, den Berlin als erstes Bundesland praktiziert.

Unschön ist, dass viele Projekte erst am Ende der Legislaturperiode beschlossen wurden. So wird der Internetzugang für Inhaftierte erst nach der Wahl umgesetzt. Die Stelle des Polizeibeauftragten wird von der nächsten Regierung ausgeschrieben und besetzt.

Coronavirus- Pandemie



Coronavirus-Pandemie: Bürgerrechte, Prävention und Viren

Unsere Fragen

Experten sind sich einig, dass es in den nächsten Jahren weitere globale Pandemien geben wird. Deshalb muss Berlin sich auf weitere pandemische Lagen vorbereiten.

Was sind aus Ihrer Sicht die fünf dringlichsten Maßnahmen, um auf künftige Pandemien vorbereitet zu sein?

- a) auf lokaler Ebene (in Berlin)
- b) auf nationaler Ebene
- c) auf europäischer und internationaler Ebene

Das meint die HU

Bei der Reaktion des Staates auf Pandemien muss zwischen bürgerrechtlich potentiell gefährlichen und ungefährlichen Maßnahmen unterschieden werden. Wie wir während der Coronavirus-Pandemie gesehen haben, benutzen verschiedene Staaten die Pandemie, um Bürger- und Parlamentsrechte abzubauen und um Überwachungsmaßnahmen durchzusetzen. Gleichzeitig zeigt die Coronavirus-Pandemie, wie sehr der Katastrophenschutz vernachlässigt wurde.

Einschränkungen von Bürger- und Menschenrechten zur Gefahrenabwehr müssen weit vor Eintritt eines Katastrophenfalles in den zuständigen Parlamenten debattiert und gesetzlich geregelt werden. Sie müssen effektiv, zeitlich befristet und sehr eng auf die Abwehr des Katastrophenfalles begrenzt sein.

Bei Maßnahmen gegen künftige Pandemien sollte dem in Deutschland und der Europäischen Union bewährten Subsidiaritätsprinzip gefolgt werden. Maßnahmen des Katastrophenschutzes und auch des Infektionsschutzes werden zuerst auf kommunaler Ebene wirksam.

Für die Zukunft heißt das, dass die Gesundheitsämter besser ausgestattet werden müssen. Informationen für die Bevölkerung, was z. B. im Falle einer Pandemie zu beachten ist, müssen kontinuierlich erneuert und aktiv beworben werden.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe muss aktiver werden. Es muss eine praktikable Strategie zum Schutz Kritischer Infrastruktur (KRITIS) formulieren.

Weltweite Pandemien können nicht innerhalb der Grenzen eines Nationalstaates bekämpft werden. Deshalb muss die internationale Zusammenarbeit verbessert werden. Internationale Organisationen, wie die WHO, müssen gestärkt werden, unter anderem mit dem Ziel, ein effektives globales Pandemie-Frühwarnsystem zu schaffen.

Die Europäische Union muss eine stärkere Rolle beim Gesundheitsschutz übernehmen. Fehler, die jetzt, auch aufgrund mangelnder Kompetenzen der EU, gemacht wurden, wie bei der Bestellung des Impfstoffes, müssen zu entsprechenden Veränderungen der Zuständigkeiten führen.

Wir fordern eine stärkere Beteiligung von Deutschland und der Europäischen Union an der COVAX-Initiative zur weltweiten Impfstoffverteilung.

Das meinen die Parteien

Die **SPD** stellt fest, dass die Coronavirus-Pandemie dringenden Handlungsbedarf bei der Digitalisierung und der Modernisierung von Katastrophenschutzstrukturen und Pandemieschutzplänen aufgezeigt habe. Als besonders wichtige Maßnahmen für Berlin sieht sie:

- Den Infektionsschutz durch effiziente Gesundheitsdienste stärken. Dafür will sie das „Berliner Mustergesundheitsamt“ weiterentwickeln.
- Das Gesundheitssystem leistungs- und zukunftsfähig ausbauen. Darunter versteht die SPD Investitionen in die kommunalen Krankenhäuser. In ihnen soll es auch einen Stufenplan zur Vergütung nach den Tarifverträgen des Landes geben.
- Den Medizinischen Forschungs- und Unternehmensstandort Berlin stärken.
- Die Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen vorantreiben.
- Den Katastrophenschutz und Krisenmanagement effizient modernisieren. Dafür soll eine Risikoanalyse für Berlin erstellt werden. Sie soll die Grundlage für Mindeststandards zum Schutz kritischer Infrastrukturen bilden.

Die **CDU** will einen öffentlich zugänglichen Pandemieplan erstellen, der im Ernstfall eine schnelle Reaktion ermöglicht.

Medizinische Einrichtungen müssten über schnelle und sichere Informationskanäle die krisenrelevanten Informationen erhalten.

Für das Personal im Gesundheitswesen soll es eine Not-Reserve an Schutzausrüstung geben. Lieferketten für notwendige Versorgungsgüter sollen sichergestellt werden. Das sei wichtiger als eine Lagerhaltung entsprechender Güter.

Die wichtige Rolle der Gesundheitsämter werde anerkannt. Deren digitale Infrastruktur soll weiterentwickelt werden.

Die Linke verweist auf und zitiert aus ihren im August 2020 beschlossenen bürgerrechtlichen Anforderungen bei der Bekämpfung von Pandemien. Danach benötige jeder Grundrechtseingriff einer gesetzlichen Grundlage, und die Verhältnismäßigkeit müsse gewahrt werden. Wenn das Parlament nicht darüber entscheide, muss es mindestens einen nachgelagerten Parlamentsvorbehalt geben. Bei der Begründung der Maßnahmen muss es eine größtmögliche Transparenz geben. Das aktuelle Infektionsschutzgesetz muss in einem offenem Gesetzgebungsprozess neu formuliert werden.

Bündnis 90/Die Grünen sehen beim Gesundheitswesen Defizite. Deshalb muss die Krankenhaus- und Notfallversorgung reformiert und die Digitalisierung vorangetrieben werden.

Im Infektionsschutzgesetz sollen Stufen zur Eindämmung von Pandemien definiert, Pandemieschutzpläne aktualisiert und ein interdisziplinärer Pandemierat einberufen werden.

In die Gesundheitsforschung soll investiert werden. In europäischer Kooperation soll die Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten vorangetrieben werden. Die europäische Kooperation soll im Rahmen einer europäischen Behörde besser koordiniert werden.

Die Information der Öffentlichkeit mit Fakten soll gegenüber Desinformationskampagnen sichergestellt werden.

Zoonosen müssen verhindert und der Wildtierhandel verboten werden. Wie das genau geschehen soll, wird allerdings nicht gesagt.

Die **AfD** fordert vom Berliner Senat eine an Krisenszenarien orientierte Vorrathaltung von Desinfektionsmitteln und Schutzkitteln. In Notfalllagern sollen Verbrauchsmaterialien und Arzneimittel gelagert werden.

Mittelfristig soll geprüft werden, welche Rückverlagerungen von Produktionsstandorten nach Deutschland oder in die EU sinnvoll sein könnten.

Die **FDP** fordert eine Digitalisierung der Gesundheitsämter und Schulen. So soll über Apps die Rückverfolgung und Informationsweitergabe an Kontaktpersonen möglich sein.

Wenn die Möglichkeit zur Arbeit im Home-Office bestehe, sollten Verwaltung und Unternehmen dies unterstützen.

Zur Vermeidung von Menschenansammlungen müsse das ÖPNV-Angebot während einer Pandemie ausgebaut werden. Gleichzeitig sollte der PKW nicht verteuert und Parkplätze nicht weiter abgebaut werden.

Sichere Stadt



Berlin, die sichere und lebenswerte Stadt

Unsere Frage

Eine funktionierende Polizei und Justiz sind für die Durchsetzung von Regeln und die Bekämpfung von Verbrechen wichtig. Oft wird Verbrechensbekämpfung als eine rein polizeiliche Aufgabe gesehen. Dabei wies Franz von Liszt (1851–1919) schon vor über hundert Jahren auf einen anderen Zusammenhang hin: „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.“

Ausgehend von einem so umfassenden Blick auf Kriminalität, Prävention und die Verhinderung von Verbrechen möchten wir von Ihnen wissen, was aus Ihrer Sicht die fünf wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die Kriminalität sind.

Das meint die HU

Die HU ist für einen umfassenden Blick auf Kriminalität. Verbrechen und Straftaten sollen nicht nur isoliert als Regelübertretung betrachtet werden. Sie sind auch abhängig vom sozialen und gesellschaftlichen Umfeld. Daher müssen auch die sozialen Ursachen von Kriminalität beseitigt werden. Eine Bekämpfung von jeglichem Fehlverhalten lediglich durch Polizei und Justiz ist nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten und einer von niemandem gewünschten Kontrollgesellschaft möglich.

Deshalb muss es soziale Sicherheit für alle in Berlin lebenden Menschen und die Strukturen für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen und Weltanschauungen und Lebensweisen geben. Das muss in funktionierenden Nachbarschaften stattfinden. Es muss daher Angebote und Infrastrukturen geben, die die Nachbarschaft erlebbar und die Stadt lebenswert machen. Dazu gehören auch finanziell und personell gut ausgestattete, bedarfsgerechte kriminal- und gewaltpräventive Hilfsangebote.

Zur sozialen Sicherheit gehören eine gute Bildung und fair bezahlte Arbeit. Dazu gehören Mindestlohn, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und langfristig ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das Menschenrecht auf Wohnen soll durch bezahlbare Mieten erfüllt werden. Der Berliner Mietendeckel und das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ bieten eine gute Diskussionsgrundlage hierfür.

Außerdem brauchen wir eine gut ausgebildete, interkulturell kompetente Polizei (und Justiz) mit der nötigen personellen und technischen Ausstattung. In der aktuellen Legislaturperiode wurde da schon einiges getan.

Das meinen die Parteien

Die **SPD** tritt in ihrem Landeswahlprogramm dafür ein, innere und soziale Sicherheit zusammen zu denken. Dazu gehören Maßnahmen wie kinder- und jugendbezogene Armutsprävention, Bekämpfung der Jugendkriminalität, Präventionsarbeit an Schulen, Ausbau der Sozialen Arbeit, Angebote der Straffälligenhilfe, städtebauliche und kiezorientierte Maßnahmen.

Wenn diese Maßnahmen erfolglos seien, müsse es eine konsequente Strafverfolgung geben. Es soll Schwerpunktstaatsanwaltschaften für kriminalitätsbelastete Orte geben. Das Konzept der mobilen Wachen werde verstetigt. Es soll mehr Kontaktbereichsbeamte (KOB100) und Fahrradstreifen geben. Der Berliner 5-Punkte-Plan gegen Organisierte Kriminalität, in dem die Behörden stärker zusammenarbeiten und öfter kontrollieren, werde fortgesetzt. Und es soll einen modernen und effektiven Strafvollzug geben.

Die **CDU** sieht Sicherheit als die Voraussetzung für Freiheit. Das gehe nur mit einem starken Staat.

Sie sieht die Polizei als Garant für Sicherheit und Freiheit in Berlin. Sie soll technisch und rechtlich besser ausgestattet werden. Dazu gehören Bodycams und Taser zum Eigenschutz, eine Regel für den „Finalen Rettungsschuss“, mehr Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten (hier „Videoschutz“ genannt), Waffen- und Messerverbotzonen. Es sollen mehr Polizisten eingestellt werden.

Die CDU will das Antidiskriminierungsgesetz abschaffen.

Sie will einen Sozialstaat, der den Freiraum des Menschen zu seiner Selbstentfaltung wahrt und Arbeitsplätze schaffen. Insbesondere für Jugendliche sollen, vor allem in den Jugendberufsagenturen, Maßnahmen ergriffen werden, die ihnen eine Ausbildung und spätere Arbeit ermöglichen.

Weitere Maßnahmen, auch sozialarbeiterische oder präventive Maßnahmen, werden nicht genannt.

Die Linke will die sozialen Ursachen von Kriminalität bekämpfen. Dafür nennt sie ähnliche Maßnahmen wie die SPD und konstatiert, eine gute Sozialpolitik sei immer noch die beste Kriminalpolitik.

Die Arbeitsbedingungen der Sicherheitsbehörden sollen verbessert werden. Dazu gehören auch die Fortführung der Angleichung der Besoldung an den Durchschnitt der Bundesländer und mehr Polizisten.

Die klassische Ermittlungsarbeit und die Präventionsarbeit sollen gestärkt werden. Die Bürgernähe und die Fehlerkultur der Polizei soll verbessert werden. Eine wichtige Rolle könne hierbei der Polizeibeauftragte übernehmen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen an erster Stelle Kitas, Schulen und soziale Dienste stärken, damit junge Menschen die Fähigkeiten für ein selbstbestimmtes, straffreies Leben erhalten.

Ebenfalls gestärkt werden sollen die Dienste für psychische Gesundheit, die Opferhilfe, Polizei und Feuerwehr, Justiz und Maßnahmen zur Resozialisierung.

Die Punkte werden nicht weiter ausgeführt.

Die AfD will die Polizei besser ausstatten, Täter zeitnah verurteilen, ausländische Straftäter konsequent abschieben, die Grenzen wirksam sichern und Jugendliche besser in den Arbeitsmarkt integrieren.

Die FDP stellt fest, dass hohe Arbeitslosenzahlen, soziale Unsicherheit und Ungerechtigkeit Gründe für kriminelles Verhalten seien. Deshalb müsse sich Arbeit lohnen und der Weg aus der Arbeitslosigkeit vereinfacht werden.

Weil Bildung und Aufklärung die besten Garanten für eine kriminalitätsarme Gesellschaft seien, müssten Schulen besser ausgestattet und digitalisiert werden. Die FDP fordert ein BAFÖG für Erwachsene, weil Bildung unabhängig von Herkunft und Alter allen offen stehen müsse.

Bei kriminell gewordenen Ausländern müsse eine Abschiebung geprüft werden.

Die FDP ist für eine personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Allerdings schreibt sie nicht, ob dies aktuell zutrifft oder ob es ein Politikziel ist. Im Moment bestehe, so die FDP, ein großer Teil der Polizeiarbeit in der Verfolgung von Delikten im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Cannabis. Das könne durch eine überfällige Legalisierung geändert werden.



NSU, Reichsbürger und der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz: Was tun gegen extremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen?

Unsere Fragen

Extremismus und Terrorismus werden auch in den nächsten Jahren eine Bedrohung für unser friedliches Zusammenleben sein. Der bislang einzige islamistische Anschlag erfolgte in Berlin. In ganz Deutschland gab und gibt es ausländerfeindliche und antisemitische Anschläge. Rechtsextremisten und Reichsbürger verüben Anschläge und bringen dabei auch Polizisten und Politiker um.

- a) Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz?
- b) Welche Maßnahmen halten Sie im Kampf gegen Links-, Rechts- und islamistischen Terrorismus für besonders wichtig? Nennen Sie Bitte die für jeden Phänomenbereich drei wichtigsten Maßnahmen.

Das meint die HU

Links-, Rechts- und islamistischer Terrorismus lehnen den Staat ab. Damit enden die Gemeinsamkeiten.

Wichtig ist in jedem Fall, die Bevölkerung über menschen- und demokratiefeindliche Bestrebungen besser zu informieren. Dazu gehören inzwischen auch Verschwörungstheorien. Das kann und soll über unabhängige wissenschaftliche Institute, die Zivilgesellschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen und eine freie Presse geschehen.

Nicht strafbares Verhalten darf nicht mit geheimdienstlichen Methoden überwacht werden. Wenn die Schwelle zur Strafbarkeit überschritten wird, kann und muss die Polizei entschlossen einschreiten. Dazu gehört auch die Verfolgung von Haßrede und grob beleidigenden und herabsetzenden Äußerungen.

Es muss langfristig angelegte Aussteiger- und Deradikalisierungsprogramme geben.

Die Polizei und die Bundeswehr müssen Rechtsextremisten in den eigenen Reihen suchen und aus dem Dienst entfernen. Die Polizei muss außerdem ihre Ermittlungskompetenz in diesem Bereich verbessern.

Ein entschlossenes Vorgehen gegen Rechtsextremisten und Reichsbürger ist nötig. Ihnen muss der Waffenschein entzogen und sie müssen entwaffnet werden.

Ein Kennzeichen des aktuellen Terrorismus ist das Phänomen der "Einsamen Wölfe" (lone wolves), die oft Rechtsextremisten sind. Diese werden oft nicht erkannt, weil die Sicherheitsbehörden mit einem veralteten Terrorismusbegriff arbeiten. Hier muss die Polizei aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigen.

Das meinen die Parteien

Die **SPD** weist auf das nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz erfolgte Sicherheitspaket, das zu einer personellen Verstärkung und organisatorischen Veränderung der Sicherheitsbehörden führte, und die Novelle des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (ASOG) hin.

Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden soll in einem Anti-Terror-Zentrum und in einer „Arbeitsgemeinschaft Sicherheitslage in der Hauptstadt“ verbessert werden. Gegen dschihadistische und verfassungsfeindliche Moscheevereine soll konsequent durchgegriffen werden. Es soll Deradikalisierungs- und Aussteigerprogramme geben.

Die SPD hält den Rechtsterrorismus für die größte Gefahr für die Sicherheit. Als einzelne Maßnahmen dagegen schlägt sie vor:

- Konsequentes und koordiniertes Vorgehen der Sicherheitsbehörden, vor allem im Gemeinsamen Informations- und Bewertungszentrum Rechtsextremismus (GIBZ).
- Betroffene von rechter Gewalt besser schützen, unter anderem durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung antisemitischer und

rassistischer Gewalt, Unterstützung des migrantischen Gewerbes zum Schutz vor Angriffen und die Fortführung bereits bestehender Programme zum Schutz von Moscheen und Synagogen.

- Rechtsextremistische Fälle in Sicherheitsbehörden sollen konsequent geahndet werden. Neben dem Extremismusbeauftragten der Polizei soll das auch durch den Polizeibeauftragten geschehen.

Gegen den islamistischen Terror soll aus Sicht der SPD eine mehrdimensionale und behördenübergreifende Strategie helfen. Sie stünde im bestehenden Anti-Terror-Plan SAVE (Schützen, Aufklären, Vorbeugen, Eindämmen). Daneben soll es ein konsequentes Verbot dschihadistischer Vereinigungen geben. Die Arbeit des Berliner Anti-Terror-Zentrums soll fortgeführt werden.

Beim Linksextremismus stehen folgende Maßnahmen im Vordergrund:

- Linke Freiräume seien keine rechtsfreien Räume. Deshalb werde, wenn de-eskalierende Angebote ausgeschöpft seien, der Rechtsstaat durchgesetzt.
- Linksextremistische Vereine und Organisationen, die die demokratische Grundordnung gefährden oder zu Gewalt aufrufen, sollen verboten werden. In diesem Zusammenhang hält die SPD die Beobachtung von „Ende Gelände“ durch den Verfassungsschutz für notwendig.
- Weil sich hier bestehende Aussteigerprogramme als unwirksam erwiesen haben, soll es neue und nachhaltige Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen geben.

Die CDU sieht bei den Extremisten eine Gemeinsamkeit im Hass auf unsere demokratische Gesellschaft.

Personell und technisch gut aufgestellte Sicherheitsorgane und der Verfassungsschutz seien im Kampf gegen Extremisten wichtig. Dazu gehörten durchschlagkräftige Schusswaffen und gepanzerte Fahrzeuge. Die CDU erneuert ihre Forderung nach einer Quellen-TKÜ, elektronischen Fußfesseln, anlasslosen Personenkontrollen und einer Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams bei Terrorverdächtigen.

Soziale Netzwerke sollen verpflichtet werden, strafbare Inhalte, wie Morddrohungen, an eine Zentralstelle im Bundeskriminalamt zu melden.

Neben der bestehenden Rechtsextremismus-Datei soll es eine „Berliner Gefährderdatei“ für linke Gewalttäter geben und die dort aufgeführten Personen sollen als Gefährder behandelt werden. Auf Bundesbene soll es eine Verbunddatei Linksextremismus geben.

Die CDU weist auf die Wichtigkeit von Bildung hin. Deshalb soll ein Wahlpflichtbereich Ethik eingeführt, über den Nationalsozialismus und antisemitische Denk- und Verhaltensmuster aufgeklärt und Gedenkorte, die an die NS-Diktatur erinnern, verpflichtend besucht werden. Rassistischer und antisemitischer Alltagsdiskriminierung soll mit einem koordiniertem Handeln von Schulen, Verwaltung und Polizei entgegengetreten werden.

Die Linke weist darauf hin, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses noch nicht abgeschlossen ist. Die nach dem Anschlag erfolgten strukturellen Veränderungen innerhalb der Polizei und der Zusammenarbeit zwischen ihr und der Justiz dienten dazu, einen solchen Anschlag zu verhindern.

Linker Terrorismus sei seit dem 1. April 1991 (der Ermordung Detlev Rohwedders durch die RAF, A. d. V.) kein aktives Phänomen mehr.

Für den Rechtsterrorismus fordert die Linke Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex und zur Neuköllner Terrorserie.

Projekte gegen Rechts und die Opferberatungsstellen sollen gestärkt werden. Sie haben ein genaues Wissen über rechte Strukturen. Ihre Analysen müssten deshalb von den Sicherheitsbehörden ernst genommen werden.

Im Bereich des Islamismus soll die Stärkung und finanzielle Aufstockung der Programme zur Prävention und Deradikalisierung fortgeführt werden.

Auch **Bündnis 90/Die Grünen** sehen Fehler bei der Analyse der Gefährlichkeit des Täters. Die Sicherheitsbehörden hätten genug Informationen gehabt, und sie hätten ihn überwachen können, aber sie taten es nicht. Eine genauere Analyse soll erfolgen, wenn der Bericht des Untersuchungsausschusses vorliegt.

Gegen Extremismus helfe entschlossenes staatliches Handeln und eine klare gesellschaftliche Haltung.

Als einzelne Maßnahmen werden genannt:

- Errichtung eines Anti-Terror-Zentrums gegen islamistischen und recht-extremen Terror,
- das Landesantidiskriminierungsgesetz als Schutz vor staatlicher Diskriminierung,
- das Diversity-Landesprogramm für eine Kultur der Wertschätzung und Vielfalt in der Verwaltung, und
- das „Landesprogramm für Demokratie.Vielfalt.Respekt“, das zivilgesellschaftliche Organisationen im Kampf gegen Rechts unterstützt.

In der nächsten Legislaturperiode sollen diese Projekte verstetigt werden. Außerdem soll es ein Landesdemokratiefördergesetz geben und Präventionsangebote gestärkt werden.

Die **AfD** nennt keine konkreten Erkenntnisse aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses, erkennt aber die Arbeit der Regierung bei den Verbesserungen im Bund und Land (explizit nennt sie den Personalaufbau) und im GTAZ an.

Beim Linksextremismus spricht sie sich für ein Ende der politisch motivierten Schonung, die Einrichtung einer dauerhaften Ermittlungseinheit und eine ernsthafte Aufklärungs- und Präventionsarbeit aus.

Beim Islamismus ist sie für die konsequente Abschiebung von Gefährdern und Straftätern, Grenzschutz, die Verhinderung der Einreise und ein entschiedenes Vorgehen gegen Hassprediger und die Finanzierung aus dem Ausland.

Beim Rechtsextremismus ist sie für eine konsequente Stafverfolgung, Verhinderung der Bewaffnung und einen verstärkten Fokus auf Einzeltäter.

Die **FDP** weist ebenfalls auf die nach dem Anschlag erfolgten Veränderungen bei der Polizei hin. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene müsse besser funktionieren. Digitalisierung sei hier wichtig. Es müsse in diesem Zusammenhang auch über bundeseinheitliche IT-Programme und zentrale Datenbanken nachgedacht werden.

Insgesamt hält die FDP Digitalisierung, Zusammenarbeit zwischen den Behörden, Prävention, Aufklärung und Gefahrenabwehr für die entscheidenden Pfeiler im Kampf gegen Extremismus. Die letzten drei Punkte führt sie nicht aus. Sie nennt auch keine Einzelmaßnahmen gegen die verschiedenen Formen des Terrorismus.



Verfassungsschutz

Verfassungsschutz

Unsere Fragen

- a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Verfassungsschutzes?
- b) Welche Maßnahmen zur Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?

Das meint die HU

Die Humanistische Union fordert eine Abschaffung des Verfassungsschutzes, weil er gefährlich, überflüssig, undemokratisch und teuer ist. Seinen Eigenanspruch als „Frühwarnsystem“, das tätig wird, bevor etwas passiert, hat er nicht erfüllt. Teilweise förderte er sogar extremistische Bestrebungen oder ignorierte sie, bis Anschläge oder eine kritische Öffentlichkeit ihn zur Anerkennung der Realität zwangen.

Die Erfahrung lehrt, dass kontinuierliche Beobachtung extremistischer Bestrebungen von einer kritischen Öffentlichkeit, aufmerksamen Medien, Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Institutionen geleistet werden kann und muss.

In Berlin ist der Verfassungsschutz, nachdem er schon einmal aufgelöst wurde, nur noch eine Abteilung der Innenverwaltung. Deshalb könnte er in wenigen Jahren vollständig aufgelöst werden und seine Mitarbeiter an andere Stellen in der Verwaltung versetzt werden, gegebenenfalls auch zum Polizeilichen Staatsschutz im Landeskriminalamt (LKA).

Bis es zu einer solchen Auflösung kommt, muss der Verfassungsschutz seine Arbeit verbessern mit aktuellen, qualitativ herausragenden Analysen, die frühzeitig vor Bedrohungen warnen. Die Kontrolle des Verfassungsschutzes, wozu zuerst die parlamentarische Kontrolle gehört, muss verbessert werden. Den Einsatz von V-Leuten und geheimdienstlichen Mitteln lehnen wir ab.

Das meinen die Parteien

Die **SPD** bekennt sich eindeutig zum Verfassungsschutz. Angesichts des erheblichen Anstiegs von politisch motivierten Gewalttaten, Verschwörungs- und Ungleichwertigkeitsideologien hält die SPD eine Abschaffung für sicherheitspolitisch fahrlässig. Deshalb habe sie ihn auch personell um 19 Stellen erweitert.

Die Notwendigkeit einer über das Bisherige hinausgehende Kontrolle durch Parlamente, Gerichte, die Öffentlichkeit und die neue „Arbeitsgruppe Kontrolle Verfassungsschutz“ (AKV) sieht sie nicht.

Auch die **CDU** hält den Verfassungsschutz für einen unverzichtbaren Baustein der Berliner Sicherheitsarchitektur. Sie möchte ihn, damit er seinem gesetzlichen Auftrag nachkommen kann, personell weiter ausbauen. Sie verweist auch darauf, dass die aktuellen terroristischen Bedrohungen nicht mehr von Organisationen, sondern zunehmend von Einzeltätern ausgehen.

Die **Linke** möchte ihn als einzige im Abgeordnetenhaus vertretene Partei abschaffen. Sie hält ihn für eine Gefahr für die Demokratie. So hätten Verfassungsschutzämter die Aufklärung der NSU-Mordserie behindert. Durch seine geheimdienstliche Arbeitsweise sei er nicht kontrollierbar. V-Männer hätten terroristische Taten nicht verhindert, aber deren Aufklärung behindert.

Anstelle des Verfassungsschutzes sollen Institutionen, die keine nachrichtendienstlichen Mittel anwenden dürfen, über neonazistische, rassistische und antisemitische Einstellungen aufklären.

Die Linke verweist auf die in der laufenden Legislaturperiode bereits erfolgten Einschränkungen bei dem Einsatz von V-Leuten bei der Polizei und dem Verfassungsschutz. Trotzdem soll ihr Einsatz künftig beendet werden. Dem Berliner Verfassungsschutz sollen außerdem die Befugnisse nach dem G-10-Gesetz entzogen werden. Die Datenbanken des Verfassungsschutzes sollen regelmäßig auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden. Die parlamentarische Kontrolle soll verbessert werden.

Außerdem soll er an Schulen nicht mehr bei Veranstaltungen auftreten. Geheimdienste hätten in der politischen Bildung nichts verloren.

Bündnis 90/Die Grünen wollen eine wissenschaftliche Evaluation der bundesweiten Sicherheitsarchitektur. Sie wollen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden, ohne dies näher zu erläutern.

Die **AfD** ist gegen eine Abschaffung des Verfassungsschutzes. Aber sie möchte seinen aus ihrer Sicht willkürlichen und rein politisch motivierten Einsatz gegen die demokratische Opposition beenden.

Es ist unklar, was die AfD damit genau meint, aber es ist anzunehmen, dass es hier um die mögliche Beobachtung der AfD und mit ihnen verbundener Organisationen durch den Verfassungsschutz geht.

Auch die **FDP** ist gegen eine Abschaffung des Verfassungsschutzes.

Die Kontrolle könne weiter verbessert werden. Was sie darunter genau versteht, führt sie nicht aus. Auch in der Antwort auf diese Frage verweist die FDP auf die notwendige Digitalisierung.

Soll der Verfassungsschutz abgeschafft werden?		
Ja	Nein	Unklar
Linke	SPD CDU AfD FDP	Bündnis 90/Die Grünen



Video- überwachung

Videoüberwachung und Gesichtserkennung

Unsere Fragen

- a) Wo sehen Sie Defizite bei der Videoüberwachung?
- b) Setzen Sie sich für ein Verbot der Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum ein? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Das meint die HU

Die Humanistische Union lehnt eine anlasslose, flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Räume ab. Sie ist ein Eingriff in die Grundrechte der Menschen, der nur in seltenen Fällen gerechtfertigt sein kann. Eine große Zustimmung zur Videoüberwachung in Umfragen ist keine Rechtfertigung dafür.

Der Nutzen für die Sicherheit ist äußerst fragwürdig. Bis jetzt gibt es erstaunlich wenige wissenschaftliche Studien über die Effekte einer Videoüberwachung. Bisherige Studien legen nahe, dass lediglich eine Verlagerung der Kriminalität bewirkt wird.

Normalerweise werden die Bilder der Überwachungskameras gespeichert und erst angesehen, wenn es einen Grund dafür gibt. So werden Straftaten nicht verhindert, sondern allenfalls dokumentiert.

Das subjektive Sicherheitsgefühl, mit dem die Videoüberwachung oft begründet wird, steigt vor allem, wenn Personal auf Bahnsteigen ist und öffentliche Plätze ansprechend gestaltet sind. Dazu gehören, je nach Ort, Beleuchtung, Vermeidung

dunkler Ecken, regelmäßige Beschneidungen von Sträuchern und Bäumen und ein regelmäßiges Säubern der Plätze und Mülleimer. Auch bauliche Veränderungen können nötig sein. Auffällig angebrachte Kameras und große Hinweisschilder signalisieren dagegen höchstens, unabhängig davon ob es stimmt, dass dieser Platz ein gefährlicher Ort ist.

Wir fordern für Berlin ein Verbot der Nutzung von Gesichtserkennungssoftware im öffentlichen Raum. Eine Gesichtserkennungssoftware erfasst alle Menschen, die sich auf einem Platz oder in einem Gebäude, zum Beispiel einem Bahnhof, aufhalten, gleicht deren Gesicht mit einer Datenbank ab und meldet Treffer. Aktuell ist die Fehlerquote noch sehr hoch, aber auch bei einer utopisch kleinen Fehlerquote geraten auf einem belebten Platz täglich Tausende zu Unrecht in Verdacht. Es ist auch unklar, wie lange die Bilder gespeichert werden und wann oder ob sie öfter analysiert werden.

Das meinen die Parteien

Die **SPD** will Videoüberwachung nur temporär, anlassbezogen und mit strikter Zweckbindung einsetzen. Sie verweist auch darauf, dass Videoüberwachung nur mit flankierenden Maßnahmen zielführend sei und sie sich auch negativ auf die Freiheitswahrnehmung der Bürger auswirken könne.

Die SPD lehnt den Einsatz von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum ab. Es sei ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Berliner, und es bestünde bei den Daten ein erhebliches Missbrauchspotenzial.

Die **CDU** ist für mehr Videoüberwachung, den sie aktuell „Videoschutz“ nennt. Sie könne an kriminalitätsbelasteten Orten helfen, das Sicherheitsgefühl zu stärken und Straftaten zu verhindern.

Der Einsatz Künstlicher Intelligenz könne bei der Aufklärung helfen und dem Persönlichkeitsschutz mehr Geltung verschaffen. Wo Künstliche Intelligenz eingesetzt werden soll und ob damit auch die Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum gemeint ist, wird nicht ausgeführt.

Die **Linke** möchte die Videoüberwachung im öffentlichen Raum erheblich reduzieren. Sie vertraut stattdessen auf das Eingreifen von Menschen und fordert damit auch auf mehr Personal in Bahnen und Bahnhöfen. Die private Videoüberwachung müsse regelmäßig auf die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben geprüft werden.

Sie ist gegen den Einsatz von Videoüberwachung mit biometrischer Gesichtserkennung und von Verhaltensmusteranalyse. Berlin dürfe sich nicht an solchen Projekten beteiligen. Es soll sich im Bund für einen Stopp aller entsprechenden Testprojekte einsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen sind gegen eine anlasslose Videoüberwachung. Sie schütze, wie auch Erfahrungen aus anderen Ländern zeigten, nicht vor Kriminalität und Terror. Sie habe auch keine Auswirkung auf die Kriminalitätsrate. Letztendlich seien Polizisten vor Ort wichtiger als vor Monitoren sitzende Polizisten.

Sie lehnen die „intelligente Videoüberwachung“ und biometrische Gesichtserkennung ab. Sie gefährde Grundrechte, indem sie die relative Anonymität öffentlicher Räume gefährde. Bei dem Pilotprojekt zur Gesichtserkennung am Bahnhof Süd-

kreuz war die Fehlerrate sehr hoch. Diese Falscherkennungen könnten bestehende Diskriminierungen verfestigen. Und sie binden Polizisten, die die falsch erkannten Verdächtigen kontrollieren müssten.

Die **AfD** ist für eine Ausdehnung der Videoüberwachung auf alle kriminalitätsbelasteten Orte und eine frühere Öffentlichkeitsfahndung als bisher.

Sie ist gegen ein Verbot von Gesichtserkennungs-Software. Sie sieht sie als ein sinnvolles Instrument bei der Suche nach vermissten Minderjährigen, hilflosen Personen, Entführungsopfern, Terroristen, Gefährdern und mit Haftbefehl gesuchten Schwerverbrechern. Von allen anderen Personen dürften keine Bewegungsprofile erstellt werden.

Die **FDP** sieht in der Videoüberwachung keinen großen Sinn. Sie verhindere keine Straftaten. Das geschehe durch eine hohe Polizeipräsenz.

In der Gesichtserkennung sieht sie den Einstieg in die totale Überwachung. Sie nennt das chinesische Sozialkredit-System als abschreckendes Beispiel. Deshalb sei sie für den Verbot der Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum.

Soll es ein Verbot von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum geben?		
Ja	Nein	Unklar
SPD Linke Bündnis 90/Die Grünen FDP	AfD	CDU



Strafvollzug

Strafvollzug

Unsere Frage

Was sind Ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und von Maßnahmen zur Resozialisierung?

Das meint die HU

Für die HU ist eine Haftstrafe gleichzeitig Ausdruck eines individuellen und gesellschaftlichen Scheiterns. Deshalb stehen an erster Stelle das Schaffen von gesellschaftlichen Strukturen und Hilfesystemen, die Straftaten verhindern können. Weil eine Haftstrafe ein tiefer Einschnitt in das Leben des Täters ist, sollte alles getan werden, um eine Haft zu vermeiden. Deshalb begrüßen wir den Ausbau von Haftvermeidungsprogrammen.

Wenn eine Haft unvermeidlich ist, muss der offene Vollzug an erster Stelle stehen. Das Resozialisierungsziel, das als Begründung für die Haft genannt wird, muss ernst genommen werden. Therapien, in denen die Täter sich mit ihren Taten auseinandersetzen, müssen vom ersten Hafttag an angeboten werden. Es muss Weiterbildungsmaßnahmen geben. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse müssen in der Haft nachgeholt werden können. Die Nutzung von Computern und dem Internet, wie sie im Pilotprojekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ möglich ist, muss daher gewährleistet werden.

So können Rückfälle und damit verbundene weitere Straftaten, Leid für die Opfer und Kosten für die Gesellschaft vermieden werden. Dazu muss qualifiziertes Personal ausgebildet und eingestellt werden.

Zu einer Entlastung der Justizvollzugsanstalten kann eine Entkriminalisierung bestimmter Delikte, wie Schwarzfahren oder der Besitz geringer Mengen weicher Drogen, beitragen. Eine bei solchen Delikten verhängte Ersatzfreiheitsstrafe (wenn der Täter nicht genug Geld hat, um die Strafe zu bezahlen) belastet die Justiz unnötig.

Das meinen die Parteien

Die **SPD** ist für einen modernen, sicheren und effektiven Strafvollzug. Die wichtigsten Projekte sind:

- Die Ergänzung der bestehenden sozialen Dienste durch Vollzugslotsen und die Verbesserung von Resozialisierungsangeboten durch Ausbildung und Arbeitsbedingungen.
- Investitionen in die bauliche Substanz der Haftanstalten.
- Jugendliche Straftäter sollen schnell resozialisiert werden. Wichtig für ein straffreies Leben sei dabei der Erwerb von Schul- und Berufsabschlüssen.

Für die **CDU** gehört ein rechtsstaatlicher Strafvollzug zu den unabdingbaren Voraussetzungen für eine erfolgreiche Resozialisierung. Dazu gehöre eine bessere Betreuung und damit verbunden mehr Personal.

Auch die **CDU** will die bauliche Substanz in den Haftanstalten verbessern. Dazu will sie ein Sonderbauprogramm auflegen und Hafträume schaffen, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts genügen. Sie will Beschäftigungsprogramme ausbauen und, ebenfalls, Schul- und Berufsabschlüsse ermöglichen.

Die Linke will die Bedingungen der Resozialisierung in den Anstalten verbessern und die Unterstützung der in diesem Bereich tätigen freien Träger erhöhen.

Die Gefangenen sollen bessere Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung erhalten. Das erfolgreiche Pilotprojekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ soll in allen Anstalten realisiert werden.

Sie will die Ersatzfreiheitsstrafe für Bagatelldelikte abschaffen. Die meisten von einer solchen Strafe Betroffenen seien arm oder hätten psychische Probleme, die durch eine solche Haft nicht verbessert würden.

Bündnis 90/Die Grünen möchten die Maßnahmen der vergangenen Jahre für eine Verbesserung der Resozialisierung fortsetzen. Dazu gehören Qualifizierungen beim Personal, mehr Personal, mehr offener Vollzug und mehr Arbeitsmöglichkeiten. Dabei sei der Offene Vollzug, soweit möglich und verantwortbar, besonders wichtig für eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Die Möglichkeiten zur Weiterbildung sollen verbessert werden. Dazu gehört das bundesweit einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“, das fortentwickelt werden soll.

Außerdem sollten bestimmte Straftaten, wie das „Fahren ohne einen gültigen Fahrausweis“ und der Besitz von Cannabis, entkriminalisiert werden. Dadurch würden in den Anstalten Kapazitäten für andere Gefangene frei. Sie weisen darauf hin, dass dafür im Bund die entsprechenden Gesetze geändert werden müssten.

Die **AfD** ist dagegen für eine repressive Politik. Die Anstalten sollen ausgebaut werden. Der „Warnschussarrest“ soll bis zu drei Monate dauern können. Eine Jugendstrafe soll bereits ab drei Monaten möglich sein. JVA-Bedienstete sollen Dienstwohnungen erhalten.

Die **FDP** ist für mehr Personal in den Gefängnissen. Sie ist auch für mehr Haftplätze und mehr Abschiebehaftplätze. Die Herausforderungen der Digitalisierung sollen durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen bewältigt werden. Diese scheinen allerdings nur für die Beschäftigten zu sein. Als weitere wichtige Maßnahme nennt die FDP eine Stärkung der Bewährungshilfe.



Obdachlosigkeit

Unsere Frage

Würden Sie, ausgehend von den Erfahrungen der Coronavirus-Pandemie, etwas am Housing First Programm des Senats verändern?

Das meint die HU

Die HU ist für einen Ausbau des Housing First Programms und einer Politik, die Obdachlosigkeit beendet. Für einen Sozialstaat ist es unwürdig, wenn Menschen auf der Straße leben müssen. Housing First geht von der Idee aus, dass die Menschen zuerst eine Wohnung benötigen. Danach können sie sich um ihre anderen Probleme kümmern, ihrem Leben wieder eine Struktur geben, Suchtprobleme bekämpfen und eine Arbeitsstelle finden.

Aus menschenrechtlicher Perspektive müssen ausreichend viele Wohnungen für ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben mit Perspektive für die ungefähr fünfzigtausend wohnungslosen Menschen in Berlin geschaffen werden. Weiter erforderlich sind Angebote zur Gesundheitsförderung, freiwillige Arbeitsangebote und ergänzende Hilfeangebote aus den oft miteinander verzahnten Bereichen wie Suchthilfe oder Schuldenberatung für obdachlose Menschen.

Ein weiterer Grund für einen Ausbau des Housing First Programms ist die Coronavirus-Pandemie. Das Leben auf der Straße und in beengten Unterkünften geht mit einem erhöhten Risiko einer Ansteckung einher. Eine eigene Wohnung bietet dagegen einen Schutzraum.

Während der Coronavirus-Pandemie weggefallene Angebote müssen schnellstmöglich wieder bereit gestellt werden.

Der wegweisende Ansatz Housing First und die „Nacht der Solidarität“ (29./30. Januar 2020) haben dem oft übersehenen Problem der Obdachlosigkeit in Berlin Aufmerksamkeit verschafft.

Das meinen die Parteien

Aus Sicht der **SPD** hat sich das Housing First Programm als niedragschwelliges Hilfesystem für Berliner mit komplexen Problemlagen sehr gut bewährt. Daher soll es stärker gefördert und mit dem Programm Betreutes Wohnen verzahnt werden. Sie hält eine soziale Wohnpolitik für die beste Politik gegen Obdachlosigkeit. Dafür werde das geschützte Marktsegment im Wohnungsbereich ausgeweitet und die Übernahme von Miet- und Heizkosten in Notlagen durch Jobcenter und Grundsicherungsämter flexibler geregelt.

Die **CDU** ist für eine auskömmliche Finanzierung von Unterstützungsangeboten für Wohnungs- und Obdachlose. Sie steht hinter dem Ansatz von Housing First. Bei der Umsetzung sieht sie allerdings einen Mangel an Wohnungen. Daher müsse schneller und kostengünstiger gebaut werden.

Benachteiligte Personengruppen sollen einen besseren Zugang zu Wohnungen erhalten. Spezielle Angebote für Frauen und Familien werden unterstützt.

Die während der Coronavirus-Pandemie eingerichteten 24/7-Unterkünfte für Obdachlose sollen dauerhaft und während des gesamten Jahres betrieben werden.

Menschen, die diese Angebote nicht annehmen wollen, sollen durch Tee- und Wärmestuben und das Modellprojekt „Badezimmer auf Rädern“ unterstützt werden.

Das ehrenamtliche Engagement in der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe soll finanziell gestärkt und durch Fortbildungskurse unterstützt werden.

Die **Linke** nennt die Erfolge der aktuellen Regierung. In der nächsten Legislaturperiode soll ein Masterplan Obdachlosigkeit geschrieben werden, der Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 beenden will. Der Plan soll in einem breiten Diskussionsprozess mit der Stadtgesellschaft entwickelt werden.

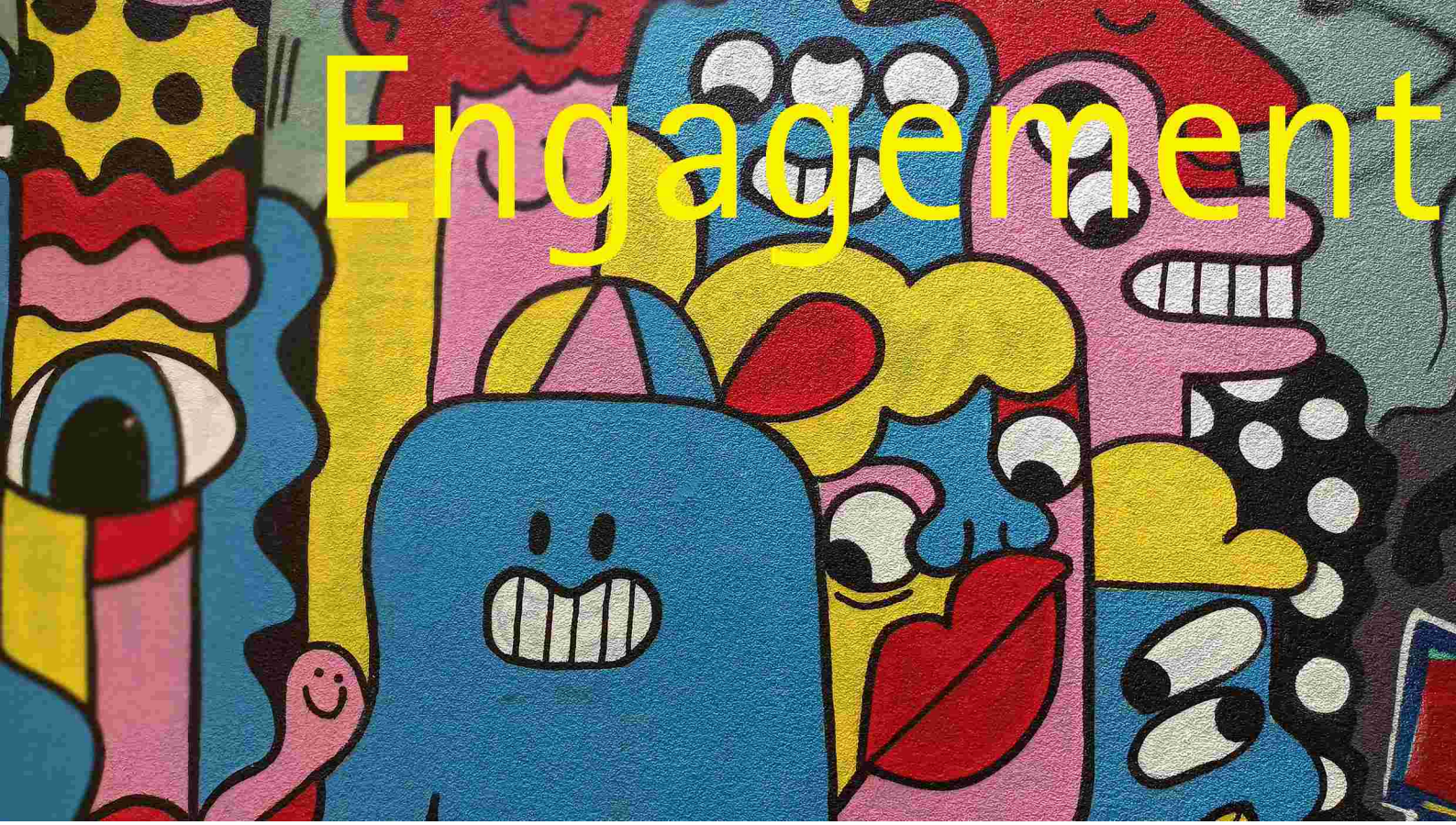
Nach den guten Erfahrungen mit Housing First in dieser Periode soll dieser Ansatz bis 2030 zum Regelansatz in der Berliner Wohnungslosenhilfe werden.

Auch **Bündnis 90/Die Grünen** halten das Housing First Programm für einen großen Erfolg. Es soll fest in der Berliner Hilfelandschaft verankert werden.

Die **AfD** sieht Housing First Projekte nur als kurzfristige Abhilfe. Weil viele Obdachlose aus Osteuropa kämen, müsse mehr Druck auf die Herkunftsländer ausgeübt werden, damit die Obdachlosen in ihre Heimat zurückkehren.

Für die **FDP** hat sich das Housing First Programm als schnelle und effiziente Lösung zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit herausgestellt. Es müsse daher weiterentwickelt, verbessert und ausgebaut werden.

Engagement



Freiwilliges Engagement

Unsere Fragen

Im Dezember 2020 wurde die Berliner Engagementstrategie 2020-2025 mit hundert Handlungsempfehlungen beschlossen.

- a) Wie wollen Sie die Berliner Engagementstrategie umsetzen?
- b) Welches sind die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten Handlungsempfehlungen?

Das meint die HU

Berlin als Engagement-Hauptstadt hat mit der bis Ende 2020 partizipativ entwickelten Engagementstrategie ein ansehnliches Engagement-Entwicklungsprogramm geschaffen. Mit der Umsetzung von Handlungsempfehlungen sollte noch vor der Bildung einer neuen Regierung begonnen werden. Wie in der Engagementstrategie vorgesehen, soll sie mit Hilfe von zivilgesellschaftlichen Vertretern und anderen Fachleuten umgesetzt werden. Dabei sollten auch die Erfahrungen aus Hamburg (2014 und 2019), Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen berücksichtigt werden.

Vordringlich sind schnelle Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Coronapandemie. Gemeinnützige Organisationen können fast nicht auf die bestehenden Coronahilfen zurückgreifen. Sie berichten von einer starken Abnahme des Engagements und einem dramatischem Schwund von Mitgliedern und Engagierten, auch in Leitungsfunktionen. Zu den aktuellen besonderen Herausforderungen gehören

für die Sozialorganisationen auch der überfällige Ausbau der digitalen Infrastruktur (Hard- und Software, Wartung und Schulungen) und das Finden von geeigneten, bezahlbaren Büro- und Veranstaltungsräumen.

Folgende in der Berliner Engagementstrategie vorgeschlagenen Maßnahmen sind besonders wichtig:

- Infrastruktur für Engagement und Beteiligung stärken
- Starke Orte für Engagement unterstützen
- Bestehende Barrieren für das Engagement abbauen
- Enge Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Verwaltung und sozial engagierten Unternehmen
- Digitales Engagement fördern

Das meinen die Parteien

Die **SPD** nennt die Berliner Engagementstrategie 2020 – 2025 „einen Meilenstein für die Engagementförderung“. Sie möchte die 100 Handlungsempfehlungen durch eine bessere Vernetzung der Bezirke mit der Landesebene erreichen.

Als fünf wichtigste Handlungsempfehlungen nennt sie:

- Qualifizierung und Beratung ausbauen
- Vielfältige Würdigung des freiwilligen Engagements ausbauen. Dazu gehören Einzelfahrscheine für einkommensschwache Menschen und eine attraktivere Gestaltung der Ehrenamtskarte
- Digitale Infrastruktur fördern
- Kinder und Jugendliche den Einstieg in freiwilliges Engagement erleichtern
- Anerkennung im Bezirk voranbringen

Für die **CDU** ist das Ehrenamt ein Herzensanliegen. Das Ehrenamt soll auf Augenhöhe mit den Ehrenamtlichen weiter gestärkt werden.

Als wichtige Punkte nennt sie

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit. Auch die CDU nennt hier die Ehrenamtskarte und vergünstigte und, wenn möglich, kostenlose ÖPNV-Tickets. Außerdem soll es einen Ehrenamtsfonds für Veranstaltungs- und Materialkosten geben.
- Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit. Hier werden eine Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte, ein Berliner Ehrenamtspreis und ein jährlicher Aktionstag genannt.
- Öffentliche Anerkennung stärken, was mit der Auszeichnung „Ehrenamtler des Monats“ geschehen könne.
- Digitalisierung: hierzu zählt ein breites Paket von Maßnahmen, das die CDU schon in der aktuellen Legislaturperiode ansprach und das in der Engagementstrategie in das Kapitel „Chancen der digitalen Transformation

nutzen" eingeflossen ist. Es geht um die Ausstattung mit Hard- und Software, Verfügungstellung freier Lizenzen, Weiterbildungsangebote, den Aufbau von Datenbanken, die das Kurzzeit-Engagement von Freiwilligen berücksichtigt, und Maßnahmen um internetferne Zielgruppen besser zu erreichen.

- Vernetzung von Haupt- und Ehrenamt, finanzielle Sicherung, Bürokratieentlastung, hierzu zählen auch vergleichbare Rahmenbedingungen für ehrenamtlich tätige Beschäftigte und die Schaffung neuer Gremien und eines Beauftragten für die Förderung des Ehrenamts.

Die Linke sieht es ähnlich. Die Handlungsempfehlungen der Ehrenamtsstrategie sollen umgesetzt werden, der Berliner Demokratietag und der Tag des Ehrenamts sollen sichtbarer werden. Es soll eine jährliche Engagementkonferenz geben. Bürger sollen auf lokaler Ebene mitgestalten können. Die Linke werde solche Beteiligungsgremien unterstützen.

Sie will die Freiwilligenagenturen weiterentwickeln, Stadtteilzentren ausbauen, Beteiligungsbüros nach den Leitlinien für Bürgerbeteiligung schaffen und in den Bezirken einen Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement einrichten.

Um eine inklusive und diverse Teilhabe zu fördern, sollen die Angebote niedrigschwellig sein. Das gehe, so der Vorschlag der Linken, über die Unterstützung etablierter Projekte und Angebote in Bibliotheken.

Bündnis 90/Die Grünen weisen darauf hin, dass mit der Engagementstrategie auch ein politisches Verständnis von Freiwilligem Engagement als Grundpfeiler der Demokratie formuliert wurde.

Zu den wichtigen Einzelmaßnahmen zählen:

- Stärkung des Landesnetzwerks und der dort vorhandenen Unterstützungsstruktur
- Bezahlbare Räume für Vereine und Initiativen
- Neuaufstellung der Vergabep Praxis von Fördermitteln in einem Demokratiefördergesetz
- Nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung
- Schutz von Engagierten gegen Hasskriminalität und der Abbau von Diskriminierung und Ausgrenzung im Freiwilligen Engagement

Die **AfD** ist ebenfalls für eine weitere Stärkung des Ehrenamts. Es soll sichtbarer werden, die Infrastruktur ausgebaut und Online-Bürgerbeteiligung gestärkt werden. Als einzige Partei weisen sie darauf hin, dass ehrenamtliches Engagement hauptamtliche Kräfte, z. B. im Bildungs- und Pflegebereich, nicht ersetzen dürfe.

Die **FDP** weist darauf hin, dass auf Initiative der FDP die Engagementstrategie um das Handlungsfeld Digitalisierung ergänzt wurde. Dieses Handlungsfeld werde bei der Umsetzung ihr Schwerpunkt sein. Es gehe darum, digitale Ehrenamtler (u. a. bei uneigennützigen Software-Entwicklungen und der Online-Enzyklopädie Wikipedia) sichtbarer zu machen, digitale Infrastrukturen zu stärken und den Zugang zu Informationen mittels offener Daten zu erleichtern.

Demokratie



Demokratie und demokratische Verfahren

Unsere Frage

Oft wird von einem Vertrauensverlust in die Demokratie und demokratische Verfahren gesprochen. Teilen Sie diese Ansicht? Wenn ja: Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Das meint die HU

Aus Sicht der HU gibt es keinen alles umfassenden Vertrauensverlust. Vor allem in demokratiefeindlichen, vorwiegend rechten Erzählungen von einer machthungrigen und selbstvergessenen Elite, die das Volk missachtet, wird ein solches Zerrbild konstruiert. Vor einigen Jahren sollte die Flüchtlingspolitik diese Behauptung belegen. Heute sind es die Maßnahmen gegen die Coronavirus-Pandemie.

Diese Kritik will die parlamentarische Demokratie nicht verbessern, sondern zerstören.

Natürlich kann und muss das demokratische System weiter verbessert werden. Parlamente müssen transparenter werden. Öffentliche Sitzungen müssen weiterhin gestreamt werden. Eine informative, gut strukturierte Homepage des Parlaments sollten normal sein.

Außerdem müssen Möglichkeiten einer Beteiligung ausgebaut und das Wahlrecht erweitert werden. Zu den Beteiligungsmöglichkeiten gehören Volksabstimmungen, Bürgerhaushalte und verschiedene Formen der Beteiligung bei öffentlichen Planungen.

Wir fordern Wahlrechtsänderungen gehören eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Abgeordnetenhaus-, Bundestags- und Europaparlamentswahlen, ein Absenken der Fünf-Prozent-Hürde auf drei Prozent bei Abgeordnetenhauswahlen und ein Ausländerwahlrecht bei allen Wahlen für Menschen, die sich seit fünf Jahren in Deutschland aufhalten, bei allen Wahlen. Sie sind ein Teil der Gemeinschaft. Sie müssen über Initiativen und Gesetze, die sie betreffen, mitentscheiden können. Aktuell ist es so, dass ihre Unterschriften bei dem Mieten-Volksbegehren ungültig sind, obwohl viele Nicht-Deutsche Mieter sind.

Alle diese und weitere Maßnahmen, wie Alternativstimme, Mehrmandatswahlkreise, Kumulieren und Panaschieren, tragen dazu bei, dass mehr Menschen in demokratische Prozesse eingebunden werden.

Das meinen die Parteien

Die **SPD** weist auf die vielen Berliner, die sich freiwillig in Bürgerinitiativen, Vereinen und Bewegungen engagieren und die Ergebnisse des Berliner Monitors von 2019 hin. Danach haben in Berlin Demokratie und Mitbestimmung eine hohe Akzeptanz.

Als Maßnahmen für die nächste Legislaturperiode schlägt sie vor:

- Möglichkeiten der politischen Partizipation ausweiten. Dazu gehören das Wahlalter 16, Online-Eintragungen bei Volks- und Bürgerbegehren, Einrichtung neuer Beteiligungsformate, kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger und Möglichkeiten der Mitwirkung aller Berliner bei Volks- und Bürgerentscheiden.
- Das Zusammenspiel von direkter und repräsentativer Demokratie vorantreiben. Hier verweist die SPD auf das zuletzt im Oktober 2020 geänderte Berliner Abstimmungsgesetz, in dem kürzere Fristen, schnellere Unterschriftenprüfungen und feste Termine stehen.
- Mehr Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen wagen. Dafür sollen auf der Homepage des Abgeordnetenhauses die Ergebnisse wichtiger Abstimmungen transparent dargestellt werden.
- Räume für Demokratieförderung im Kiez schaffen. Besonders wichtig seien dabei die Quartiere zwischen der Stadtgrenze und dem S-Bahn-Ring.

Die **CDU** betont, dass Demokratie die beste Regierungsform sei, die wir kennen. Nur in einer aktiven demokratisch orientierten Bürgergesellschaft könnten Gemeinwohl und gesellschaftlicher Zusammenhalt nachhaltig miteinander verbunden werden. Deshalb müssten die Grundsätze der Demokratie erklärt und möglichst viele Menschen, ungeachtet ihrer sozialen, ethnischen und religiösen Bindung, für Politik und Engagement begeistert werden. Auch in einer Partei. Vor Ort müssten deshalb besonders Menschen angesprochen werden, die nur schwer einen Zugang zum bürgerschaftlichem Engagement finden. Das könne mit zielgruppenspezifischen Beteiligungsmöglichkeiten und Stadtteilmüttern geschehen.

Es müsse eine echte Bürgerbeteiligung mit klar formulierten Rahmenbedingungen und Kompetenzen geben.

Auf übergeordneter Ebene soll es ein Berlin-Forum geben, in dem Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam Richtungsentscheidungen der Berliner Stadtentwicklung treffen.

Die **Linke** sieht den in der Frage konstatierten Vertrauensverlust nicht, möchte aber das bestehende Vertrauen erhalten und stärken.

Als Maßnahmen nennt sie Veränderungen im Wahlrecht. Konkret soll die Sperrklausel entfallen, das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden und alle, die hier leben, sollen wählen dürfen.

Staatliches Handeln soll transparenter werden. Der Staat soll Daten proaktiv und kostenfrei in offenen Formaten veröffentlichen. Das gelte auch für privatrechtlich organisierte öffentliche Unternehmen. Abgeordnete, Senatoren und Staatssekretäre sollten ihre Einkünfte und den zeitlichen Umfang ihrer Nebentätigkeiten veröffentlichen.

Außerdem sollen Einbürgerungen erleichtert werden.

Auch **Bündnis 90/Die Grünen** sehen keinen massiven Vertrauensverlust. Stattdessen werde demokratische Beteiligung immer mehr eingefordert und direktdemokratische Instrumente immer mehr genutzt. Deswegen wurden Leitlinien für Bürgerbeteiligung entwickelt und Beteiligungsbüros etabliert.

Konkret werden außerdem genannt: die Stärkung der Direkten Demokratie, Bürgerhaushalte, die Novellierung des Partizipations- und Migrationsgesetzes, die Forderung nach Bürgerräten für Land und Bezirk, eine Herabsetzung des Wahlalters und das kommunale Wahlrecht für alle Einwohner.

Die **AfD** sieht sich als Motor der Demokratiebeteiligung, weil in den vergangenen Jahren keine andere Partei mehr Nichtwähler in den demokratischen Prozess zurückgeholt habe.

Die **FDP** findet es besorgniserregend, dass immer weniger Menschen Vertrauen in unsere rechtsstaatlichen Organisationen haben.

Deshalb seien Verlässlichkeit und Offenheit wichtig. Politiker müssten regelmäßige Bürgerdialoge anbieten. Schüler sollen an die Politik und Beteiligungsmöglichkeiten herangeführt werden. Sie sollten dabei erkennen, wie wichtig Kompromisse bei der Lösungsfindung sind.



Die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

Landesverband Berlin

Müllerstraße 163

13353 Berlin

E-Mail: berlin@spd.de

Homepage: <https://spd.berlin/>

Mitglieder: 19.500 (Stand: Januar 2021)

Fraktion: 38 Abgeordnete (21,6 Prozent)

CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)

Landesverband Berlin

Steifensandstraße 8

14057 Berlin

E-Mail: cduberlin@cdu.berlin

Homepage: <https://cdu.berlin/>

Mitglieder: 13.042 (Stand: Januar 2021)

Fraktion: 31 Abgeordnete (17,6 Prozent)

Die Linke

Landesverband Berlin

Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

E-Mail: info@dielinke.berlin

Homepage: <https://dielinke.berlin/>

Mitglieder: 7.611 (Stand: 31. Dezember 2020)

Fraktion: 27 Abgeordnete (15,6 Prozent)

Bündnis 90/Die Grünen

Landesverband Berlin

Kommandantenstraße 80

10117 Berlin

E-Mail: info@gruene-berlin.de

Homepage: <https://gruene.berlin/>

Mitglieder: 10.469 (Stand: Januar 2021)

Fraktion: 27 Abgeordnete (15,2 Prozent)

AfD (Alternative für Deutschland)

Landesverband Berlin

Kurfürstenstraße 79

10787 Berlin

E-Mail: lgs@afd.berlin

Homepage: <https://afd.berlin/>

Mitglieder: 1.342 (Stand: Januar 2021)

Fraktion: 22 Abgeordnete (14,2 Prozent)

FDP (Freie Demokratische Partei)

Landesverband Berlin

Dorotheenstraße 56

10117 Berlin

E-Mail: info@fdp-berlin.de

Homepage: <https://www.fdp-berlin.de/>

Mitglieder: 3.501 (Stand: Januar 2021)

Fraktion: 11 Abgeordnete (6,7 Prozent)

Das aktuelle Parlament besteht aus hundertsechzig Abgeordneten. Vier Abgeordnete sind fraktionslos. Drei waren vorher bei der AfD, einer bei der FDP.

Der Arbeitsplatz der Abgeordneten

Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße 5

10117 Berlin

Homepage: <https://www.parlament-berlin.de/>



Die Humanistische Union ist eine unabhängige Bürgerrechtsorganisation. Seit unserer Gründung 1961 setzen wir uns für den Schutz und die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte ein.

Im Mittelpunkt steht für uns die Achtung der Menschenwürde. Wir engagieren uns für das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und wenden uns gegen jede unverhältnismäßige Einschränkung dieses Rechts durch Staat, Wirtschaft oder Kirchen.

Eine größtmögliche Verwirklichung von Menschenrechten und Freiheit ist an Bedingungen gebunden. Dazu gehören Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt.

Demokratische Teilhabe muss auch jenseits von Parteien und Wahlen gewährleistet sein. Es reicht nicht, wenn Rechte nur auf dem Papier stehen. In einer pluralistischen Gesellschaft müssen auch radikale Meinungsäußerungen möglich sein.

Herausgeber

Humanistische Union e.V.
Landesverband Berlin-Brandenburg
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
E-Mail: berlin@humanistische-union.de
Homepage: <http://berlin.humanistische-union.de/>

V. i. S. d. P., Texte, Layout & Fotos: Axel Bussmer
Redaktionsschluss: Juli 2021

Mit freundlicher Unterstützung der

